

Unsere Jungtürken

Reformblockadebrecher und Globalisierungsgestalter: Die Generation Generalabrechnung formiert sich in Buchgestalt

von Jürgen Turek



Paul Nolte:
Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik.
C. H. Beck Verlag,
München 2004. 255
Seiten, 12,90 Euro.

Eine jüngere Generation macht sich immer lautstärker bemerkbar. Von Florian Illies' „Generation Golf“ bis zu Katja Kullmanns „Generation Ally“ sucht und beschreibt sie verstärkt, wie sie sich ihren eigenen Weg vorstellt, um auf Globalisierung und gesellschaftlichen Wandel angemessen zu reagieren. Diese Autoren beanspruchen selbst, nicht nur für sich, sondern für ihre Generation zu sprechen.

Der Bremer Historiker Paul Nolte und der junge SPD-Bundestagsabgeordnete Marco Bülow legen nun mit ihren jüngsten Publikationen nach. Während viele Bücher wie die zuvor genannten aber sozialkritische Generationenporträts sind, sorgt sich Nolte eher intellektuell und Bülow eher persönlich um die richtige Politik in diesem Land. Herausgekommen sind zwei engagiert zupackende Publikationen, nicht nur für ein jüngeres Publikum.

Wider die Wohlstandsillusionen

Gleich zu Beginn räumt Nolte mit postmodernen Wohlstandsillusionen auf. Er grenzt den sozialpolitischen Handlungsspielraum seiner „Generation Reform“ ein: Erwerbsarbeit sei kein Auslaufmodell und ihre Verringerung ermögliche keinen sozialen Fortschritt – wie in den achtziger und neunziger Jahren noch behauptet worden war. Vielmehr müsse man bessere Strukturen schaffen, um Arbeit zu ermöglichen, und auch den Hang zur Verteilungsbequemlichkeit durchbrechen. Das Streben nach Liberalität habe zu einer Entgrenzung von Bindungen geführt, die schließ-

lich in den neunziger Jahren in Deutschland zu einem „Ego-Utilitarismus“ (S. 28) führten, der den individuellen Mehrwert vor den gesamtgesellschaftlichen Nutzen stellte. Gleichzeitig sei das Gefühl der Verantwortung für die nächste Generation, für ihren rentenpolitischen „Vertrag“ und für die Notwendigkeit sozio-ökonomischer Innovationen fast gänzlich verloren gegangen. Und schließlich sei die deutsche Vollkasko-Mentalität nun endlich ad absurdum geführt. Laut Nolte ist es damit für die „Generation Reform“ an der Zeit, sich von den Wohlstandsillusionen zu verabschieden.

So zieht er in seinem engagierten und gut geschriebenen Plädoyer ein bitteres, aber auch ein klares Resümee: „Das Paradies auf Erden werden wir so schnell nicht erreichen, und die harmonisierenden Utopien der Konfliktvermeidung und -überwindung haben uns Schaden zugefügt. ... Eine neue Zielbestimmung muss sich jenseits dieser Utopien einer falschen Moderne bewegen“ (S. 31). Für Nolte ist dabei klar, dass sich Politik und Gesellschaft in ein neues Spannungsverhältnis begeben, das sich weder zerreden noch verleugnen lasse. In diesen Spannungsfeldern einer neuen Moderne wird sich seine „Generation Reform“ nun zu bewegen haben. Wie sie hier bestehen kann, dafür zeigt er in seiner streckenweise sehr packenden Streitschrift im Einzelnen konkrete Wege auf.

Welche Generationengerechtigkeit?

Eine gewisse Sorge über die Zustände, die bei dem allem Anschein nach

eher dem wertkonservativen Milieu zuneigenden Nolte gelegentlich durchzuschimmern scheint, bekommt bei dem Sozialdemokraten Marco Bülow ein klarer konturiertes Gesicht. Ihn ärgere es einfach, so schreibt er gleich zu Beginn, dass der Begriff der Generationengerechtigkeit sinnentleert heute nahezu jede Rede schmücke und dass der Begriff immer wieder aus seinem Gesamtzusammenhang gerissen werde.

Erfrischend offen präsentiert er sein Konzept, ohne dabei zu verschweigen, dass auch er keine Patentlösungen für alles und jeden hat. Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit sind dabei die Grundpfeiler in seinem Gedankengebäude. Die Globalisierung gehört für ihn heutzutage an den Anfang jeder grundsätzlichen politischen Betrachtung. Sie müsse als das zentrale Projekt unserer Zeit erkannt und dabei als politisch gestaltbarer Prozess begriffen werden. Von diesem Grundverständnis des Politischen im 21. Jahrhundert aus widmet sich Bülow den einzelnen Themenfeldern der aktuellen Politik.

Nachhaltigkeit, Generationengerechtigkeit und Globalisierung sind das Koordinatensystem, an dem sich gutes politisches Handeln orientiert. Mit diesem Leitbild macht sich Bülow zum Anwalt seiner Generation. Sie und alle anderen auch müssten nun begreifen, dass unter das kurzfristige Denken der Altvorderen in Legislaturperioden oder Quartalsberichten nun endgültig ein Schlussstrich zu ziehen sei. Grundlegende systemische Probleme der Republik seien nunmehr langfristig anzugehen.

Klimawandel, Bildung – und Terror

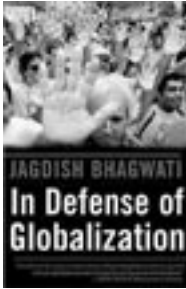
Hier produziert er allerdings einen politischen Rundumschlag und schaltet sich in derzeit stattfindende Diskussionen ein, die er mit zum Teil

alten, zum Teil aber auch originellen Facetten durchleuchtet. So fordert er energisch, wie viele andere auch, eine durchgreifende Reform des Föderalismus. Bülow geht dabei aber noch ein Stück weiter, indem er eine deutliche Reduzierung der Bundesländer begrüßen würde. Interessant auch seine Idee, das Megathema Bildung ganz anders anzupacken und eine Bildungsrevolution auszurufen. Er denkt sich ein System aus, das notfalls auch über die Goldreserven und eine Erbschaftssteuer zu finanzieren sei, um Deutschland international wettbewerbsfähiger zu machen. Ganz wichtig sind für Bülow der Klimawandel und seine Folgen. Der Autor sieht darin ein wichtigeres Thema als in der terroristischen Bedrohung. Bei alledem will Bülow nicht die Zukunft schwarz malen oder verdrossen abrechnen. Ihm geht es darum, wie er bekundet, Wege aufzuzeigen, um unsere Zukunft und die unserer Kinder lebenswert zu gestalten.

Auch wenn sich beide Bücher um einen moderaten Ton bemühen: Ein wenig nach Generalabrechnung klingt das alles schon. Da weht ganz bewusst ein anderer Wind, der bei aller Höflichkeit auch als Kampfansage an die bestehende Politik zu verstehen ist – und an die Generation, die diese Politik zu verantworten hat. Aber auch künftig wird ein gut bekanntes, traditionell deutsches Problem eine zentrale Rolle in allen wichtigen Fragen spielen: das Verhältnis von Selbstverantwortung und Etatismus, das hierzulande noch immer für befremdliche Reaktionen sorgt. Selbst die Ausführungen dieser „jungen Wilden“ sind diesem Phänomen in der einen oder anderen Form noch irgendwie verhaftet. Dennoch können sich diese informierten und engagierten Botschaften zusammen mit anderen jüngeren Stimmen durchaus sehen lassen.



Marco Bülow:
Generation Zukunft. Ein Plädoyer für verantwortungsbewusstes Handeln. Riemann Verlag, München 2004. 285 Seiten, 18 Euro.



Jagdish Bhagwati: *In Defense of Globalization*. Oxford University Press, Oxford/New York 2004. 308 Seiten, 20 Dollar.

Menschlichkeit durch Globalisierung

von Stephan Bierling

„Braucht die Welt ein weiteres Buch über die Globalisierung?“ So fragt

Jagdish Bhagwati im Vorwort seines neuen Buches. Ja, möchte man ihm nach der Lektüre zurufen, wenn es so klar und überzeugend, so anschaulich und kenntnisreich geschrieben ist wie von dem Professor der Columbia University in New York. Sein zentrales Argument lautet: Die populäre Feststellung, die Globalisierung benötige ein menschliches Gesicht, ist falsch. Denn die Globalisierung hat ein menschliches Gesicht.

Bhagwati sollte es wissen. Er ist nicht nur einer der führenden Vertreter der internationalen Wirtschaftslehre in der Welt, sondern war auch Sonderberater der Vereinten Nationen für Globalisierungsfragen. Sein Buch gliedert er in vier Teile: Im ersten widmet er sich den Hintergründen und weltanschaulichen Wurzeln der Antiglobalisierungsbewegung, im zweiten und dritten den sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen der Globalisierung und im vierten zeigt er, wie ihre positiven Folgen durch institutionelle Reformen noch verstärkt werden können.

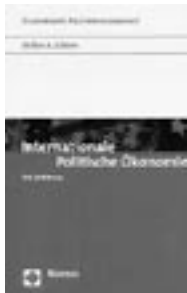
Dabei stellt er zunächst fest, dass die Antiglobalisierungsbewegung und ihre NGOs in den reichen Ländern des Nordens viel verbreiteter sind als in den armen des Südens. Auch kommen die schärfsten Kritiker aus den Sprach- und Soziologieinstituten der Universitäten, nicht aus den wirtschaftswissenschaftlichen. Die Folge: Ihre Ablehnung der Globalisierung entspringt einem Amalgam antikapi-

talistischer, kommunitaristischer und antiamerikanischer Stereotypen und entbehrt jeder Kenntnis der realen Verhältnisse und ökonomischen Zusammenhänge. Die zentralen Argumente der Antiglobalisierungsbewegung beruhen deshalb auf Anekdoten und sind allesamt widerlegbar: Länder, die sich internationalem Handel und Direktinvestitionen öffnen, wachsen nachweisbar schneller als jene, die sich der Globalisierung verweigern, und sie bekämpfen auch die Armut erfolgreicher. Allein in China fiel die Armutsquote deshalb in den Jahren 1978 bis 1999 von 28 auf 9 Prozent. Die Globalisierung reduziert Ungleichheit, Kinderarbeit und Umweltverschmutzung, fördert die Emanzipation der Frau und die demokratische Entwicklung, erhöht Löhne und verbessert Arbeitsbedingungen, kurz: Sie löst „a race to the top“, nicht „a race to the bottom“ aus. Alles das belegt Bhagwati mit Statistiken, Beispielen und ökonomischen Plausibilitätsüberlegungen.

Dabei verliert der Verfasser aber nie sein Differenzierungsvermögen und seinen kritischen Geist: So müsse man zwischen Freihandel und freiem Kapitalverkehr unterscheiden. Ersterer sei uneingeschränkt positiv. Die asiatische Finanzkrise von 1997 zeige allerdings, dass rasch wachsende Entwicklungs- und Schwellenländer ihre Kapitalmärkte nicht übereilt und unkontrolliert liberalisieren sollten. Um die Globalisierung noch sozial- und vor allem politikverträglicher zu machen, fordert Bhagwati Anpassungshilfen für Arbeiter, die wegen der verschärften Importkonkurrenz ihre

Jobs verlieren. Während die reichen Länder bereits über solche Programme verfügen, müssten sie auch in den armen Staaten mit Hilfe der internationalen Entwicklungsorganisationen aufgebaut werden. Vor allem sollten die Regierungen der reichen Länder

jedoch nicht Lobbygruppen aus Industrie und Gewerkschaften nachgeben, die Sozial- und Umweltstandards für die Produktion in armen Staaten festschreiben, aber sich damit nur lästige Konkurrenz vom Leib halten wollen.



Stefan A. Schirm: *Internationale Politische Ökonomie. Eine Einführung.* Nomos Verlag, Baden-Baden 2004. 304 Seiten, 19,90 Euro.

Globale Skizzen

von Dirk Nabers

Globalisierung ist ein von Wirtschaft und Technik angetriebener Prozess

der Denationalisierung, der massive Auswirkungen auf soziale, kulturelle, wirtschaftliche und politische Lebensbereiche mit sich bringt. Doch welche Wirkungen die Globalisierung im Einzelnen auf Staat, Wirtschaft und Gesellschaft hat, ist noch immer eine Frage, auf die unterschiedliche sozialwissenschaftliche Disziplinen systematische Antworten suchen.

Interessante Beiträge kommen dabei aus der auch in Deutschland im Wachstum befindlichen politikwissenschaftlichen Lehre der „Internationalen Politischen Ökonomie“ (IPÖ). Diese Disziplin beschränkt sich nicht auf die Beschreibung internationaler Wirtschaftsbeziehungen, sondern stellt die theoretische und empirische Untersuchung des Verhältnisses zwischen Politik und Ökonomie in den Mittelpunkt ihres Interesses.

Einer der führenden Vertreter der internationalen politischen Ökonomie in Deutschland, der Bochumer Professor Stefan Schirm, hat jüngst ein neues Buch zur Thematik vorgelegt, das aufgrund seiner analytischen Schärfe, thematischen Breite und didaktischen Qualität in der hiesigen Wissenschaftslandschaft seinesglei-

chen sucht. Die Fragen nach der grundlegenden Funktionsweise der globalen Wirtschaft, nach der Rolle nationaler Wirtschaftspolitik angesichts eingeschränkter Gestaltungsspielräume auf dem Weg zu mehr Wohlfahrt für alle und nach den künftigen Handlungsoptionen privater Akteure werden jederzeit souverän und auch theoretisch fundiert beantwortet.

Angesichts seiner modernen Konzeption mit einer Fülle von Schaubildern, weiterführenden Fragen am Ende eines jeden Kapitels und kommentierter Literaturhinweise wird dieses Buch zum unverzichtbaren Bestandteil der Leseliste für jedes universitäre Seminar zur internationalen politischen Ökonomie werden. Aufgrund seiner guten Lesbarkeit ist es aber auch für ein Publikum jenseits der engen akademischen Zirkel interessant.

Modernisierung des Völkerrechts

Aber nicht nur die Ökonomen reagieren auf die Globalisierung. Seit dem 11. September und dem damit beginnenden amerikanischen Feldzug gegen den Terrorismus wird das Völkerrecht so kontrovers wie selten zuvor diskutiert. Die Anwendung von Gewalt zur Lösung internationaler Konflikte, der Schutz von Menschenrechten, das völ-

kerrechtliche Souveränitätsgebot und die Rolle der Vereinten Nationen bzw. das Gebot des Multilateralismus stehen zur Debatte. Insbesondere die Neuinterpretation des gängigen *ius ad bellum* führt zu einer Ausweitung künftig möglicher militärischer Handlungsoptionen. Die Vereinigten Staaten reklamieren für sich in ihrem Kampf gegen den Terror alle militärischen Optionen, ungeachtet der damit verbundenen völkerrechtlichen Probleme. Ein vom renommierten australischen Politikwissenschaftler Christian Reus-Smit edierter Band bringt die Spannung zwischen einzelstaatlicher Rechtsetzung einerseits und moralischen Forderungen nach einer Reform des heutigen Völkerrechts andererseits kritisch und theoretisch fundiert auf den Punkt. Die Avantgarde der normativ orientierten internationalen Politikwissenschaft ist versammelt. Themen wie die Veränderungen des Kriegsrechts unter den Bedingungen moderner Informationstechnologien, internationale Umweltstandards, der Schutz von Flüchtlingen und die Absicherung des internationalen Kapitalverkehrs belegen die Bandbreite des Buches.

So bleibt am Ende nicht der fade Beigeschmack, der den Leser bei unzähligen Sammelbänden befällt, die ohne klare Leitfragen, einheitliches Konzept und zusammenfassendes Schlusskapitel zusammengepresst werden. Hier wird Spitzenforschung präsentiert, die eine Weiterbeschäftigung mit normativen Fragen der internationalen Politik möglich macht. Das Buch sollte zur Pflichtlektüre in juristischen wie politikwissenschaftlichen Forschungskolloquien zu Fragen des Völkerrechts werden.

Asiens Antwort

Einer der Brennpunkte der Globalisierung ist Asien. Wie man dort auf

die globale Vormacht reagiert, ist Thema eines weiteren Buches. Amerikas Status als „Opfer“, so die Nachricht an die Welt in den Tagen nach den Anschlägen auf New York und Washington, schließt ein Recht auf die Wahl einer Antwort ein. Je umfassender die Vorfälle vom 11. September dargestellt werden, desto umfassender kann die Antwort ausfallen. So wird aus den „schrecklichen Taten des Terrors“ vom 11. September schon in den folgenden Tagen ein „kriegerischer Akt“. Was sich daraus entwickelte, wird spätestens seit 2002 als „Bush-Doktrin“ beschrieben. Präemptive Militärschläge und kontinuierliche Vorherrschaft werden in der Doktrin zu Rechten erklärt, obwohl das Völkerrecht die Kategorie der Präemption nicht kennt. Und Koalitionen mit anderen Staaten werden nur dann eingegangen, wenn sie für nützlich gehalten werden.

Diese Art des Denkens steht im Mittelpunkt eines von Mel Gurtov und Peter van Ness edierten Bandes. Hier werden erstmals kritische Stimmen aus Asien zusammengefasst und systematisch gegeneinander gestellt. Herausgekommen ist ein beachtenswertes Buch über die Auswirkungen der „Bush-Doktrin“ auf den asiatisch-pazifischen Raum, von der koreanischen Halbinsel über China und Taiwan, Japan, Russland bis Australien. Das einzige Manko besteht darin, dass Südostasien nur in einem einzigen Kapitel behandelt wird. Dies ist umso bedauerlicher, als besonders im Bereich der südostasiatischen Staatengemeinschaft ASEAN der regional agierende Terrorismus seine Wurzeln schlägt.

Ansonsten ist das Buch, mit journalistischer Raffinesse und wissenschaftlicher Präzision gleichermaßen verfasst, ein Genuss. Die Ironie der von Bush vertretenen Außenpolitik



Christian Reus-Smit (Hrsg.):
The Politics of International Law.
Cambridge University Press,
Cambridge 2004.
324 Seiten, 29 Euro.

bestehe darin, so der Befund einer Reihe von Autoren, dass sie über weit reichende Machtressourcen verfüge, aber nur ein eingeschränktes Verständnis von Macht besitze. Washingtons Politik nach dem 11. September sei in der materiellen Macht der „militärischen Revolution“ begründet, sie vernachlässige aber die gerade im asiatischen Kontext so bedeutsame kulturelle und moralische Dimension des Begriffs. Die Fragen nach der Gewinnung und Aufrechterhaltung politischer Autorität werden von der Bush-Regierung zu selten aufgeworfen, und das so brisante Rätsel, warum Menschen sich für ihren Glauben opfern, wird nicht zu lösen versucht.

Schließlich ist das Buch ein Plädoyer für eine perspektivisch angelegte, an kooperativen Normen orientierte amerikanische Außenpolitik. Nur so werde es möglich sein, die in Ostasien heranwachsende chinesische Macht

auf Dauer einzubinden und eine neuerliche Konfrontation zwischen zwei Supermächten zu verhindern. Eine amerikanische Verteidigungspolitik, die stattdessen unilateral darüber entscheidet, was als sicherheitspolitische Bedrohung zu bewerten ist und was nicht, welche Länder in den Besitz von Massenvernichtungswaffen kommen dürfen und welche nicht, welche Staaten als Koalitionspartner taugen und welche als Gegner, und welche völkerrechtlichen Standards im „Krieg“ gültig sind – eine solche Politik werde aus asiatischer Perspektive früher oder später an ihre Grenzen stoßen. Der Band vermittelt auch Aufschluss darüber, wie eine breitere Zusammenarbeit zwischen Asien und den USA möglich werden kann. Die Analyse wird durchgehend durch kreative und amüsante politische Karikaturen aufgelockert und ist so einem breiten Publikum zugänglich.



Mel Gurtov und Peter van Ness (Hrsg.): *Confronting the Bush Doctrine. Critical views from the Asia-Pacific.* Routledge Curzon, London/New York 2004. 277 Seiten, 29,90 Euro.



Werner Weidenfeld (Hrsg.): *Die europäische Verfassung in der Analyse.* Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2005. 300 Seiten, 40 Euro.

Europahymne

von Ulrike Guérot

Inzwischen ist man fast an sie gewöhnt, die umfassenden Analysen von europäischen Vertragswerken inklusive CD-Rom, angefertigt vom Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) in München und der Bertelsmann Stiftung in Gütersloh. Und wieder ist der Truppe um Werner Weidenfeld, dem Herausgeber, mit Blick auf die Analyse des Europäischen Verfassungsvertrags der große Wurf gelungen.

Das 300 Seiten dicke, aber leicht zugängliche und schnell zu erschließende Kompendium zur Europäischen Verfassung bietet dem europä-

politischen Kenner wie auch denjenigen, die es werden wollen, genau was sie suchen: eine gut gegliederte, übersichtliche, genaue und sorgfältig abgewogene Analyse der Europäischen Verfassung, eingeordnet in den historischen Kontext, die sowohl Querschnittsaspekte (etwa europäische Werte, Öffentlichkeit oder auch Kompetenzordnung und Methoden) diskutiert, als auch detailliert Fortschritte in den einzelnen europäischen Politikbereichen (Währungsunion, Außenpolitik, Justiz und Inneres) skizziert.

Das Buch ist ein guter Griff für diejenigen, die nur kurz eine präzise In-

formation suchen, wie auch für diejenigen, die sich umfassend über den derzeitigen Integrationsstand informieren wollen. Es gehört somit in das Bücherregal von allen, die mit Europa zu tun haben.

Das Buch ist nüchtern und nicht emphatisch, und doch findet man ganz unaufgeregt knappe, kondensierte Sätze über das, was die EU nun durch die Verfassung geworden ist, und von denen man wünschen würde, dass sie ihren Weg in eine größere Öffentlichkeit finden: „Die Europäische Integration ist vom relativ bedeutungslosen Ornament der Politik ... zum Kern politischer Machtarchitektur geworden“, schreibt Werner Weidenfeld gleich in der Einleitung und weist damit gleichsam dem Buch die Richtung. Die EU ist „ein politisches System im Werden“, so seine Schlussfolgerung.

Ebenso erfrischend schreibt Almut Metz in ihrem Kapitel über Werte und Ziele der EU: „Die EU besitzt heute in vielerlei Hinsicht Staatsqualität.“ So banal dies klingt, trifft es doch genau den Punkt, der aber in der breiteren Diskussion oft genug negiert wird. Und für den Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik konstatiert Franco Algieri klar, dass sich „der strategische Radius der EU über die Nachbarschaftsregionen der EU hinaus global ausdehnen“ wird.

Die EU als „globaler Akteur“ oder der Begriff einer „europäischen Geostrategie“ kommen den Autoren ganz selbstverständlich über die Lippen, ohne dass es um Machtprojektionen der EU geht, sondern nur darum, das nunmehr durch den Verfassungsvertrag institutionell Erreichte nicht unter den Scheffel zu stellen. Die EU – das, was sie ist und das, wohin sie sich entwickeln kann – wird auf diese Art mit leichten und doch kräftigen Strichen konturiert. In dem Buch lebt

die EU, sie ist griffig und anschaulich. Die Europäische Integration wird in der vorgelegten Analyse mehr denn je prozessual und nicht als endgültig verstanden („nach der Verfassung die Verfassung“); sie erspart dem Leser den Pathos der Integrationsverfechter mit ihrem Nörgeln über das Nichterreichte ebenso wie die gebetsmühlenartige Kritik derjenigen, die überall das Gespenst eines europäischen Superstaats sehen.

Alle Beiträge sind exzellent, dicht und klar (einige mit Tabellen, Graphiken und Schaubildern) und umreißen spezifische Politikfelder wie die Grundrechtscharta, die Sozialpolitik und die Währungspolitik. Viele Auflistungen per Spiegelstrich ermöglichen einen raschen Überblick über die Veränderungen und Verbesserungen durch den Verfassungsvertrag. Aber einige Beiträge stechen besonders hervor. Dazu zählen die beiden von Janis Emmanouilidis über die institutionellen Reformen und die neue Flexibilität im institutionellen Gefüge der EU ebenso wie die Beiträge zur Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (Franco Algieri) sowie zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (Franco Algieri und Thomas Bauer).

Janis Emmanouilidis führt den Leser klar strukturiert durch die verschiedenen institutionellen Errungenschaften des Verfassungsvertrags – die Reduzierung der Kommission, die Abschaffung der Rotation, die Einführung der „doppelten Mehrheit“. Er versteht es, die historischen Weichenstellungen für das politische System der EU, die der Verfassungsvertrag in sich birgt, sorgsam aufzudröseln in die Elemente Personalisierung, Entwicklungsdynamik, Parlamentarisierung und Politisierung.

Der Leser erhält damit einen Einblick in die Entwicklungstendenzen

des politischen Systems der EU. Die Kommission etwa ist dem Risiko ausgesetzt, ins strategische Abseits zu geraten; gleichzeitig wird das Europäische Parlament (erneut) aufgewertet; vor allem aber ist der Europäische Rat, der durch die Verfassung offizielles Unionsorgan wird, Gewinner der Verfassung. Hervorgehoben werden auch die Entwicklungspotenziale der EU durch dynamische Regelungen, wie etwa die „Passerelle-Klausel“, die einen Übergang von Einstimmigkeit zu qualifizierten Mehrheitsentscheidungen ermöglicht: „Das neue konstitutionelle Fundament stärkt die Fähigkeit der Europäischen Union, sich auch in Zukunft dynamisch weiterzuentwickeln.“

Franco Algeri und Thomas Bauer wiederum skizzieren nicht nur die Entwicklungssprünge in der ESVP im Verlauf des Konvents, sondern ihnen gelingt es auch, diese in den größeren historischen Kontext und insbesondere in die transatlantische Dimension einzuordnen. Die Implikationen der Entwicklung der ESVP für das Verhältnis zwischen EU und NATO werden knapp, aber scharf umrissen und in die derzeitige Debatte eingeordnet; und auch hier fehlen klare Aussagen nicht: „Ein neuer ‚Atlantizismus‘ setzt voraus, dass eine global ausgerichtete und militärisch handlungsfähige EU von den USA als ein umfassender internationaler Akteur wahrgenommen wird.“

Für den deutschen Leser besonders interessant ist auch der Beitrag von Thomas Fischer zur neuen Kompetenzordnung in der EU, da diese das deutsche Steckenpferd im Konvent gewesen ist. Der Beitrag ist vielleicht etwas zu detailverliebt ausgefallen und wird dadurch streckenweise unübersichtlich, wodurch er an Klarheit verliert, aber in der Beurteilung des alt-neuen Kompetenzdickichts der EU

ist er dafür um so klarer: Der EU ist es in weiten Teilen nicht gelungen, das europäische Aufgabenprofil auf der Ebene der Zuständigkeitsverteilung zu schärfen, aber kleine Schritte sind eben auch Schritte, gerade in Europa. Entschädigt wird der Leser durch eine sehr anschauliche Synopse am Ende des Textes.

Wenn überhaupt ein kritisches Wort angemessen ist, dann könnte man anmerken, dass der Beitrag von Volker Stör zu den weiteren Wegmarken des Verfassungsprozesses – gemeint sind die anstehenden Referenden – „politischer“ hätte sein können. Man vermisst Einschätzungen dessen, was ein mögliches Scheitern des Referendums beispielsweise in Großbritannien oder aber sogar in Frankreich für Konsequenzen haben könnte („Kerneuropa“?). Und schließlich, so sehr im Gesamtkontext willkommen, fällt der Beitrag über die Europäische Nachbarschaftspolitik etwas aus dem Rahmen. Denn die Verfassung ist nicht das Dokument, das etwas Verbindliches zu außenpolitischen Fragen, Fragen der Finalität Europas (und seiner Grenzen) sowie zur Zukunft einer gesamteuropäischen Ordnung sagen kann – wie die Autorin Iris Kempe auch einräumt. Aber vielleicht wird die EU bei ihrer nächsten Reformrunde dazu mehr zu sagen haben.

Abschließend möchte man eigentlich nur wünschen, dass jemand auf die Idee kommt, aus diesem Buch eine Art Kurzfassung zu machen, am besten ein Taschenformat in Großdruck und in mehreren Sprachen, damit sein Inhalt aus dem Kreis der Europaspezialisten heraus seinen Weg in eine breite Öffentlichkeit finden könnte: Aufklärung über den Verfassungsvertrag wird notwendig sein im EU-Schicksalsjahr der zehn Referenden.



Jacques Delors: *Erinnerungen eines Europäers*. Parthas Verlag, Berlin 2004. 557 Seiten, 38 Euro.

Ein Bild von einem Europäer

von Franco Algieri

Der europäische Integrationsprozess befindet sich im Umbruch. Die EU steht vor einer einzigartigen Bewährungsprobe. Erweiterung und Vertiefung müssen bewerkstelligt werden. Einmal mehr stellt sich die Frage, wie die europäische Architektur verbessert werden kann. Ein Europäer, der durch seine Leistung in den vergangenen Jahrzehnten zu einem herausragenden Architekten Europas wurde, ist Jacques Delors. In den „Erinnerungen eines Europäers“ erzählt er von seinem politischen Wirken zunächst in der französischen Politik und dann auf der europäischen Bühne.

Delors hat Politik aus verschiedenen Perspektiven kennen gelernt und in unterschiedlichster Weise politisch gewirkt. Bevor er von 1985 bis 1995 als Kommissionspräsident entscheidende Weichenstellungen für den Integrationsprozess bewerkstelligte, konnte er auf nationaler Ebene umfassende Erfahrungen sammeln. Von den Anfängen seiner beruflichen Tätigkeit in der Banque de France über sein gewerkschaftliches Engagement, seine Jahre im französischen Plankommissariat sowie in der universitären Lehre gelangte er ins Europäische Parlament, bis er schließlich Minister in der französischen Regierung wurde. Er genoss die Gunst François Mitterrands und hätte auch Premierminister Frankreichs werden können. Doch Delors ging es nicht nur um eine politische Machtposition. Er wollte auch seine finanz- und wirtschaftspolitische Expertise in seine Arbeit ein-

bringen können. Gleichzeitig war es ihm wichtig, sozial- und bildungspolitische Akzente zu setzen. So scheint er auch nie ein Politiker gewesen zu sein, der die Partei in den Vordergrund seines Handelns stellte. Vielmehr gewann er seine Motivation aus den eigenen, mit bemerkenswertem Arbeitseifer betriebenen ökonomischen Analysen und aus einem ausgeprägten Gespür für soziale und gesellschaftspolitische Fragen. Delors sah sich in dieser Phase selbst als eine Mischung aus politischem Techniker, parteipolitischem Mitstreiter und Linkskatholiken.

Mit dieser Prägung ausgestattet, übernahm Delors die Kommission in einer Phase der Stagnation des europäischen Integrationsprozesses. Und mit dem Eifer und der Motivation, die seine Arbeit in der französischen Politik prägten, leitete er eine Entwicklung ein, deren Dynamik bis heute zu spüren ist. Das Kernstück bildete die „Einheitliche Europäische Akte“, die er als seinen „Lieblingsvertrag“ bezeichnete.

Er verfolgte von Anfang an drei Ideen: den gemeinsamen Markt durch eine einheitliche Währung zu ergänzen, eine gemeinsame Verteidigungspolitik anzustreben und schließlich die Institutionen neu zu ordnen, mit dem Ziel, die Entscheidungsstrukturen zu verbessern und die Demokratisierung zu fördern.

Diesen umfassenden und radikalen Ansatz galt es im Spannungsverhältnis der nationalen Interessen in Kompromissformeln zu gießen. Und dass dies in vielen Fällen auf Widerstand stieß, wird beispielsweise an den Ge-

gensätzen zwischen Delors und der britischen Premierministerin Margaret Thatcher deutlich.

Die Vollendung des Binnenmarkts und die Schaffung der Europäischen Union in den neunziger Jahren sind zu einem nicht unwesentlichen Teil auf die Leistung Delors zurückzuführen. Gleichwohl beschreibt er auch, welche Schwächen die Union aufweist. Besonders skeptisch beurteilt er den dreisäuligen Aufbau des Vertragswerks von Maastricht. Denn damit verbindet sich nach seiner Meinung eine systemische Schwächung für einen gemeinschaftlichen Ansatz. Doch Delors zeigt anhand vieler Beispiele anschaulich, dass es im Widerstreit nationaler Interessen unmöglich war, mehr zu erreichen.

Den größten Teil seiner Erinnerungen widmet Delors der Zeit als Kommissionspräsident. Dabei vermittelt er das Bild eines überzeugten Europäers und bringt berechtigterweise einen erkennbaren Stolz auf seine Leistung zum Ausdruck. Doch stellt er sich nie als alleinigen Meister dar. Im Gegenteil, er verdeutlicht, wie sehr er in allen Phasen seiner Arbeit auf die Zusammenarbeit mit anderen vertraute. Stets waren ihm die Diskussion und die kritische Auseinandersetzung mit Ideen wichtig.

Delors stellt sich nicht ausschließlich als europäischen Idealisten dar – er ist vielmehr Franzose, Europäer und Realist. Letzteres wird durch

seine abschließenden, sehr kritischen Beobachtungen zu Teilen des Verfassungsvertrags unterstrichen. Er weist auf die Gefahr einer Schwächung der Kommission und eines Machtausbaus der Mitgliedsstaaten hin. Und er zeigt sehr deutlich die Bedeutung der Nationen als Teil des europäischen Integrationsprozesses auf.

Die Erweiterung stellt eine besondere Herausforderung an die Regierbarkeit der Union dar. Er fordert mehr Integration, doch er erkennt auch die Grenzen des Systems. Um die Erweiterung und die Vertiefung zu verbinden, bedarf es einer Differenzierung der Integration. Den weiteren Erfolg des Projekts sieht Delors daher an eine Avantgarde gebunden.

Seine Erinnerungen gewähren einen vielschichtigen Einblick in einen wichtigen Teil europäischer Geschichte. Als Wermutstropfen ist die stilistische Präsentation zu sehen. Die Grundlage dieser Erinnerungen bilden Gespräche, die Jean-Louis Arnaud 2003 mit Jacques Delors geführt hat, und so ist das Buch im Frage-Antwort-Stil aufgebaut. Dadurch kommt es immer wieder zu thematischen Brüchen, und manche Fragen sind so gestellt, dass die darauf folgenden Ausführungen sehr deskriptiv ausfallen. Insgesamt baut sich dadurch beim Lesen kein Spannungsbogen auf. Die Leistung Delors als großer Europäer wird dadurch nicht geschmälert.